

Ungleichheitsstrukturen versus Vielfalt der Lebensführungen: warum die Ungleichheitsforschung die Differenzierungstheorie konsultieren sollte

Schwinn, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schwinn, T. (2006). Ungleichheitsstrukturen versus Vielfalt der Lebensführungen: warum die Ungleichheitsforschung die Differenzierungstheorie konsultieren sollte. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 1283-1297). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-144631>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ungleichheitsstrukturen versus Vielfalt der Lebensführungen

Warum die Ungleichheitsforschung die Differenzierungstheorie konsultieren sollte

Thomas Schwinn

Vorbemerkung

Der folgende Text bezieht sich auf die Veranstaltung *Author Meets Critic*, in der das Buch: Thomas Schwinn (Hg.), *Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung*, Frankfurt a.M. 2004 (2. Auflage 2004), diskutiert wurde. An der gut besuchten Veranstaltung nahmen neben dem Herausgeber Reinhard Kreckel, Hans-Peter Müller, Uwe Schimank und Markus Schroer teil. Thema des Buches wie der Diskussion war die Frage, wie die beiden makrosozialen Theorietraditionen der Soziologie, funktionale Differenzierung und soziale Ungleichheit, verknüpft werden können. Insbesondere stand die Frage im Mittelpunkt, welchen Erkenntnisgewinn soziale Ungleichheitsanalysen erwarten dürfen, wenn sie den Kontakt zur Differenzierungstheorie suchen. Die Kritiker klagten dabei eine genauere Klärung des Zusammenhangs der beiden Strukturdimensionen ein. Strittig blieb, ob es eine beide Aspekte integrierende Theorie geben könne oder ob man sich mit problembezogenen Verknüpfungen begnügen müsse. Der folgende Text greift diese Debatte auf und versucht, einige Antworten auf die aufgeworfenen Fragen zu geben.

Das Feld soziologischer Ungleichheitsanalysen befindet sich heute in einem Zustand theoretischer Orientierungslosigkeit. In der seit über zwei Jahrzehnten laufenden Individualisierungsdebatte stehen Thesen des Bedeutungsverlustes sozialer Ungleichheitsstrukturen solchen von deren ungebrochener Fortdauer gegenüber. Dazwischen gibt es Positionen, die einen Mix aus alten und neuen Formen sozialer Ungleichheit feststellen und dies in allen Abschattierungen. Fragende Titel wie »Welche Gleichheit, welche Ungleichheit?« (Berger/Schmidt 2004) dokumentieren einen Bedarf nach leitenden Grundorientierungen, ohne dass dieser Nachfrage ein Angebot sozialer Ungleichheitstheorie gegenüber stehen würde, die dies leisten könnte. In dieser Situation schlage ich der Ungleichheitsdiskussion vor, Hilfe bei einem anderen soziologischen Forschungsfeld mit langer Theorietradition zu suchen: der Differenzierungstheorie (Schwinn 2004a).

Die Differenzierung von Menschen nach Kriterien sozialer Ungleichheit und die Differenzierung von Ordnungen oder Teilsystemen nach bestimmten Leitkriterien (politische, wissenschaftliche, wirtschaftliche, rechtliche etc.) sind die beiden wichtigsten theoretischen Konzepte, die die Soziologie für eine möglichst umfassende Analyse moderner Gesellschaften anzubieten hat. Beide Forschungstraditionen laufen jedoch relativ beziehungslos nebeneinander her. Differenzierungstheorien blenden das Ungleichheitsproblem als zweitrangig aus ihrer Aufmerksamkeit aus. Andererseits sind in Ungleichheitsanalysen die differenzierten Ordnungen allenfalls die Orte, an denen sich bestimmte Ausprägungen gesellschaftlicher Ungleichheit manifestieren, für die Differenzierungsprozesse selbst besteht jedoch kein Interesse. Ein wesentlicher Grund für die Trennung der beiden Traditionen liegt in der Wissenschaftsgeschichte des Faches. Die Ungleichheitstheorie startet bei Karl Marx als Kapitalismustheorie. Moderne soziale Ungleichheit ist vor allem wirtschaftliche Ungleichheit. Dieser Ausgangspunkt wird über Max Weber – er bestimmt die Klasse über die *Markt*verwertbarkeit von Gütern und Leistungen –, Theodor Geiger, Ralf Dahrendorf bis in heutige Arbeiten tradiert. Die Differenzierungstheorie eröffnet eine andere Traditionslinie. Herbert Spencer, Emile Durkheim, Talcott Parsons und Niklas Luhmann sind die wichtigsten Referenzautoren. Sieht man von dem Intermezzo der Diskussion um die funktionalistische Schichtungstheorie in den vierziger bis sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts ab, entwickeln beide Forschungstraditionen ihre Themen und Fragestellungen weitgehend unabhängig voneinander, und man gewinnt den Eindruck, es würden jeweils verschiedene Gesellschaften beschrieben. Das ist ein unbefriedigender Zustand. Die beiden makrosoziologischen Hauptkonzepte können nicht isoliert voneinander zufriedenstellend entwickelt werden.

In den letzten Jahren hat sich hierzu eine Diskussion (Schwinn 2004a, 2004b) entwickelt, die durch die provokative Behauptung Niklas Luhmanns (z.B. 1985) angestoßen wurde, soziale Ungleichheit habe heute ihre zentrale strukturelle Bedeutung verloren. Moderne Gesellschaften seien durch einen Primat funktionaler Differenzierung gekennzeichnet und in Abhängigkeit davon rücke soziale Ungleichheit ins zweite Glied. Mit wenigen Ausnahmen hat dies auf Seiten der Ungleichheitsforscher keine Reaktionen hervorgerufen. Das ist symptomatisch für das Nichtwahrnehmen der beiden soziologischen Traditionen. Andererseits findet man auch auf der Seite der Ungleichheitstheorie Primatansprüche: soziale Ungleichheit sei die »dominante Hauptachse« (Mayer 1987: 374, 376f.) moderner Gesellschaften, ein »gesellschaftstheoretisches Schlüsselthema« (Kreckel 1992: 21) und die sich daran entzündenden Konflikte und Grenzziehungen seien schärfer umkämpft als jene aus der funktionalen Differenzierung (Hondrich 1987). Angesichts dieser widersprüchlichen Behauptungen ist ein dringender Klärungsbedarf vorhanden.

Die Differenzierungstheorie stellt eine Herausforderung für die soziale Ungleichheitsforschung dar, weil sie im Unterschied zur Ökonomielastigkeit der Ungleichheitstradition ein umfassenderes Verständnis der Moderne anbietet. Diese war in starkem Maße in eine Theorie des Kapitalismus eingebettet. An deren Stelle ist heute eine differenziertere Beschreibung der modernen Gesellschaft getreten. Deren Kennzeichen ist nicht nur die Verselbständigung der kapitalistischen Ökonomie, sondern auch die weiterer primärer Bereiche – wie Politik, Recht, Wissenschaft, Kunst, Familie, Religion – sowie zusätzlicher sekundärer Bereiche wie Gesundheit, Sport, Erziehung, Medien, deren Ordnungs- oder Teilsystemstatus noch nicht zufriedenstellend geklärt ist. Die Ungleichheitsforschung hat diese Veränderung der Gesellschaftstheorie nicht explizit mitvollzogen, sie spiegelt sie aber implizit in ihren Arbeiten wider. Dass heutige Verteilungs- und Ungleichheitsverhältnisse und damit die Lebenschancen von Menschen im Ensemble mehrerer differenzierter Institutionen entstehen und reproduziert werden, wird in den letzten Jahrzehnten als zunehmende Kritik einer rein klassentheoretischen Erfassung – Klasse als Pendant zur Theorie der kapitalistischen Gesellschaft – sozialer Ungleichheit reflektiert. Neue, plurale Formen sozialer Ungleichheiten treten heute verstärkt ins Blickfeld der Analysen. Die Zeit scheint also günstig, die beiden soziologischen Traditionen ins Gespräch zu bringen, zumal sie in gewissen ihrer Grundannahmen konvergieren.

Diese Ausführungen würde man missverstehen, wollte man in der Verbindung beider Stränge makrosoziologischen Denkens nur dem einen, der Differenzierungstheorie, den Theoriepart zuweisen und der Ungleichheitsforschung empfehlen, sich dort ihre theoretischen Grundlagen zu besorgen. Eine unvoreingenommene Analyse, die sich den Blick nicht durch die Primatannahme verstellen lässt, hat nicht zum Ziel, die Problemstellung der einen Theorie in derjenigen der anderen aufzulösen, sondern den Zusammenhang zwischen beiden zu klären. Die Eigenständigkeit der beiden Strukturdimensionen verdankt sich ihren grundlegend verschiedenen Ausgangspunkten. Die Differenzierungstheorie geht von einer *Ungleichartigkeit* der Ordnungen oder Teilsysteme aus, die Ungleichheitsanalyse dagegen von einer *Ungleichwertigkeit* von sozialen Lagen. Entsprechend dieser völlig unterschiedlichen Anfangsunterscheidungen verläuft die historische wie systematische Entfaltung der zwei Theorieperspektiven in ganz verschiedene Richtungen. Ungleichwertigkeit von Lebenslagen lässt sich nicht aus der Ungleichartigkeit von Ordnungsprinzipien ableiten wie auch umgekehrt. Die Behauptung des Primats einer Strukturdimension ist theoretisch problematisch, weil es sich um inkommensurable Kriterien handelt, die auf der Ebene der Grundunterscheidungen prinzipiell nicht voneinander ableitbar sind.

Wie eine solche Verknüpfung der beiden zentralen Strukturachsen moderner Gesellschaften möglich ist, möchte ich im Folgenden demonstrieren. Dabei sollte

deutlich werden, welche theoretische Hilfestellung die heutige Ungleichheitsforschung von der Differenzierungstheorie erwarten kann.¹ Im ersten Abschnitt werde ich der Frage nachgehen, wie sich soziale Ungleichheit in den einzelnen Ordnungen und wie sie sich ordnungsübergreifend ausbildet (I). Anschließend soll geklärt werden, wie man die in der heutigen Ungleichheitsforschung entdeckte Vielfalt an Ungleichheitsformen und -ausprägungen durch die differenzierungstheoretische Perspektive besser in den Griff bekommt (II).

Bereichsinterne und bereichsübergreifende soziale Ungleichheit

Bereichsinterne Ungleichheit

Differenzierte Ordnungen oder Teilsysteme haben ihren obersten Bezugspunkt in Werten oder Codes. Diese stecken ab, was in heutigen Gesellschaften überhaupt als ungleichheitsrelevante Leistungen gewertet wird: politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich usw. Die Werte oder Codes bedürfen für ihre Umsetzung und Konkretisierung organisatorischer und arbeitsteiliger Programme. Mit Institutionalisierung und Organisation entsteht ein Arbeitsteilungs- und Machtverteilungsproblem. Die Unterscheidung von Experten und Laien stellt sich ein, das Organisationspersonal differenziert sich intern arbeitsteilig, Kompetenz- und Eingriffsrechte müssen festgelegt und Ressourcen zugewiesen und verteilt werden. Damit kommt soziale Ungleichheit ins Spiel. Bei jeder Ordnungsbildung stellt sich also ein doppeltes Problem: Konkretisierung und Aufrechterhaltung der teilsystemspezifischen Leitideen und Errichtung legitimer Ungleichheitsverhältnisse.

Jedes institutionelle Feld ist damit auch eine Machtarena, in der um Privilegien gestritten wird. So ist die Klassentheorie an Wirtschaft nicht primär als differenziertem institutionellen Bereich interessiert, sondern für sie stehen hier Gruppen von Akteuren mit ihren jeweiligen Strategien zur Maximierung ihres Anteils gegenüber. Diese Verteilungs- und Machtkämpfe in den Ordnungen sind von der bisherigen Differenzierungstheorie weitgehend vernachlässigt worden. Das Personal der differenzierten Institutionen verfolgt deren Leitkriterien nicht alleine aus »altruistischen«, den »Funktionen« der Teilsysteme dienenden Motiven, sondern dabei spielen immer auch Interessen an der Maximierung von Privilegien eine Rolle. Die institutionelle Logik eines Feldes darf allerdings nicht auf diese Interessenkämpfe reduziert werden. Letztere sind abhängig vom Geschick der Gruppen im Sinne der

¹ Die umgekehrte Analyserichtung, die Wirkungen sozialer Ungleichheit auf Differenzierungsprozesse, kann hier aus Platzgründen nicht verfolgt werden. Gleiches gilt für die Erweiterung der Thematik durch die Globalisierungs- und Geschlechterproblematik, vgl. dazu Schwinn 2004b.

dort geltenden Ordnungs- und Leistungskriterien. Alle Professionen und Berufsgruppen, die ein Interesse an ökonomischer Besserstellung und Statusverbesserung haben, kommen nicht umhin, dies mit Verweis auf ihre Kompetenzen und Leistungen im Dienste des institutionellen Feldes, in dem sie tätig sind, zu legitimieren.

Das Differenzierungsprinzip setzt ungleichheitsrelevante Leistungskriterien, es determiniert aber nicht soziale Ungleichheit. Da unklar ist, wie viel Ungleichheit »funktional erforderlich« ist, entsteht ein mehr oder weniger großer Spielraum für strategisch ausnutzbare Ungleichheit, die nicht aus der institutionellen Kernlogik der Teilbereiche resultiert. Ein gewisses Maß an hierarchischer Positionsdifferenzierung ist zweifelsohne für die Erfüllung der Ordnungskriterien erforderlich (basale Ungleichheit). Über das notwendige Maß an Herrschafts- oder Delegationsunterschieden und an Wissensverteilung im Dienste institutioneller Effektivität bieten herrschafts- und wissensprivilegierte Berufe und Positionen erhöhte Chancen, Tätigkeitsbereiche mit einem wertenden Maßstab und entsprechenden Sanktionen zu versehen, die nicht aus arbeitsteiligen Erfordernissen, sondern aus stratifikatorischen Anstrengungen resultieren (strategische Ungleichheit). In den verschiedenen Positionen der Ordnungen steckt ein unterschiedliches Potential für Herrschafts- und Statusstrategien – ein Potential, das über den unmittelbaren funktionalen Tätigkeitsbereich hinaus zur Vorteilsnahme genutzt werden kann bzw. die Möglichkeiten dazu erschwert oder blockiert. Die funktional notwendigen Herrschafts- und Strategiespielräume in den differenzierten Ordnungen lassen sich auch extrafunktional, das heißt für Statusinteressen und Prestigeabgrenzungen nutzen.

Bereichsübergreifende soziale Ungleichheit

Bisher stand primär die Entstehung sozialer Ungleichheit innerhalb einer Ordnung im Fokus. Wie entsteht soziale Ungleichheit über die differenzierten Bereiche hinweg? Differenzierungstheoretisch lässt sich argumentieren, dass jedes Teilsystem aus sich heraus spezifische Ungleichheiten erzeugt, ohne dass diese sich kumulativ decken müssten. Eine ökonomisch privilegierte Stellung garantiert nicht per se auch eine politische oder wissenschaftliche Privilegierung. Diese Feststellung sieht sich allerdings mit einer Vielzahl von empirischen Ergebnissen der Ungleichheitsforschung konfrontiert, die eine Verkettung von Merkmalen teilordnungsbezogener Lebenschancen feststellen. In der Regel steht in der Ungleichheitsforschung der Zusammenhang von drei lebenslauf- und ungleichheitsprägenden Bereichen im Mittelpunkt: Familie, Bildung und Beschäftigung. Diese drei Bereiche weisen eine hohe kumulative Verkettung im Lebenslauf auf. Frühe Sozialisationserfahrungen und das Ressourcenprofil der Familie im ersten Lebensjahrzehnt prägen die sich anschließende Bildungskarriere bis ins dritte Lebensjahrzehnt, und diese wiederum struktu-

riert in erheblichem Maße die sozioökonomischen Selektionsprozesse auf dem Arbeitsmarkt für weitere Jahrzehnte bis in die Lebensbedingungen des Alters hinein. Empirisch lassen sich Zusammenhänge weiterhin für Bildungsniveau, Heiratsmarkt und Partnerwahl (Blossfeld/Timm 1997; Wirth/Lüttinger 1998; Teckenberg 1999), für berufsspezifische Positionierung und Wahlverhalten (Müller 1998) sowie für Arbeitsmarktpositionierung und Kriminalitätsrisiko (Geißler 1996) feststellen, und nach Pierre Bourdieus Analysen bestimmt unser Bildungs- und Berufsniveau auch unseren Kunstgeschmack (vgl. auch Gerhards 1997). Manche der Zusammenhänge zwischen den ordnungsbezogenen Lebensbereichen sind institutionell geregelt, wie der Übergang zwischen Bildung und Beschäftigung, andere setzen sich informell durch, wie zum Beispiel der Zusammenhang von Bildungsniveau und Heiratsmarkt. Vom Prinzip der Ordnungsdifferenzierung her lassen sich diese empirisch feststellbaren Verkettungen auf der Lebensführungsebene – strukturierte Inklusionsprofile – nicht ausreichend erklären. Warum unsere familiäre Herkunft unsere Bildungskarriere vorstrukturiert und diese die Wahl unseres Lebenspartners und unseren Kunstgeschmack, warum unser politisches Verhalten nicht unabhängig von unserer Positionierung im Beschäftigungssystem ist – all dies müsste vom Prinzip der Differenzierung her nicht sein. Wie kann soziale Ungleichheit einen strukturierenden Effekt über mehrere Ordnungen hinweg entfalten? Drei Aspekte haben dabei eine besondere Bedeutung.

Generalisierte Schlüsselkompetenzen und organisatorische Isomorphien

Differenzierungstheoretisch gesehen gibt es zwar jeweils unterschiedliche Erfolgskriterien in den Teilsystemen: der Erfolg in der Wissenschaft misst sich an anderen Kriterien als der in der Wirtschaft und in dieser wiederum an anderen als in der Politik. Der Erfolg als solcher weist aber gewisse gemeinsame ungleichheitsrelevante und ordnungsübergreifende Merkmale auf: herausgehobene Positionen (Macht), Einkommen (ökonomische Chancen) sowie Bildung und Prestige (symbolische Macht). Die gehobenen Positionen aller Ordnungen sind heute nur durch akademische Abschlüsse erreichbar. Von Bedeutung sind hierbei zum einen organisatorische Isomorphien über die Teilbereiche hinweg. Die meisten Ordnungen sind organisatorisch verfasst und weisen in ihrem Gebildecharakter, trotz unterschiedlicher Sinn- und Zielkriterien, übergreifende Strukturen und Eigenschaften auf. Dieser organisatorische Aspekt hat ein Gegenstück auf der personalen Ebene. Es gibt generalisierte Schlüsselkompetenzen, die für privilegierte Positionen in allen Ordnungen und Organisationen disponieren. Sprachliches Vermögen, berufliche Aspirationen, formale Bildung, ein bestimmter Verhaltensstil etc. sind gleichermaßen erforderlich und interaktiv relevant, egal ob ich leitende Positionen in Wirtschaft oder Politik, eine Professur oder eine Richterstelle anstrebe; und sie sind auch

nicht unerheblich bei der Partnerwahl und der Rezeption von Kunst. Das sind weitgehend universell verwendbare Kompetenzen oder Währungen.

Die aus organisatorischen Isomorphien sich ergebenden verwandten Positionsebenen mit vergleichbaren Befugnisrechten und Einkommen sowie die generellen Schlüsselkompetenzen erleichtern eine Parallelisierung ihrer Träger hinsichtlich von Schichtkriterien. Die daran sich ankristallisierende Stratifikation setzt sich in der Sozialwahrnehmung gegen die nach funktionalen Kriterien unvergleichbaren und heterogenen Positionen durch. Die Wahrnehmungsmuster sozialer Ungleichheit homogenisieren und skalieren vom funktionalen Gesichtspunkt her gesehen heterogene Tätigkeiten, etwa dann, wenn verschiedene Leistungspositionen der Ordnungen, wie Unternehmer, Professoren, Richter, gut bezahlte Politiker und Künstler etc. der gleichen gehobenen Schicht zugerechnet werden.

Die Konvertierbarkeit der Ressourcen

Soziale Ungleichheit kann seinen Erklärungsstatus als makrosoziales Strukturprinzip nur behaupten, wenn es ordnungsübergreifende Struktureffekte aufzeigen kann. Nun wird systemtheoretisch argumentiert, dass das Prinzip funktionaler Differenzierung gerade die Nichtkonvertierbarkeit der ordnungsspezifischen Ressourcen und Kompetenzen zur Folge habe. Mit Geld kann man keine wissenschaftliche Wahrheit kaufen, mit politischer Macht keine Liebe erringen und mit künstlerischen Fähigkeiten keine Rechtsentscheidungen beeinflussen. Daraus wird geschlossen, dass den einzelnen Ordnungen je spezifische Bezugsprobleme und Diskriminierungsprogramme für Ungleichheitsbildungen zugrunde lägen. Bei funktionaler Differenzierung gebe es folglich einen Verzicht auf Koordination durch eine für alle Ordnungen verbindliche Stratifikation von gleich und ungleich. Nicht ausreichend berücksichtigt wird dabei, dass die Ordnungen in einem Leistungsaustausch stehen und daher bestimmte Ressourcen und Kompetenzen ständig konvertiert werden müssen. Drei scheinen mir hier besonders von Bedeutung zu sein: Wissen, politische Macht und ökonomische Ressourcen.

Diese drei Ressourcen sind sowohl ungleichheits- wie ordnungsrelevant. Sie spielen eine zentrale Rolle bei der Konstitution der einzelnen Ordnungen und für ihren Leistungsaustausch. Alle Ordnungen benötigen heute Wissen für ihre Reproduktion. Wissenschaftliches Wissen, in Bildungsinstitutionen erworben, ist marktwertbar und bietet ökonomisch privilegierte Chancen. Ferner ist es politisch verwertbar. Die oberen Positionen in Verbänden, Parteien, Parlamenten und Regierungen gehen nahezu geschlossen an Akademiker. Das unmittelbar funktionsbezogene Sachwissen eröffnet unterschiedliche Chancen für eine darüber hinausgehende Deutungskompetenz und symbolische Abgrenzungsstrategien. Weiterhin sind alle Ordnungen von ökonomischen Ressourcen abhängig. Und schließlich sind alle

Ordnungen machtbezogen, einmal durch politisch-rechtliche Regelungen und zum anderen durch innerorganisatorische Machtverteilungen. Beide nehmen auf die Privilegienverteilung Einfluss. Dadurch, dass die differenzierten Ordnungen von diesen ungleichheitsrelevanten Ressourcen abhängig sind, können sich Schichtbildungen über die Ordnungsreproduktion und den Leistungsaustausch zwischen ihnen entwickeln. Differenzierung und soziale Ungleichheit sind an den gleichen Kreislauf dieser Ressourcen angeschlossen. Ungleichheitsstrukturen und -strategien können sich auf jene Währungen stützen, die auch in und zwischen den Teilsystemen gültig sind. Die Konvertierungslogik dieser drei ungleichheitsrelevanten Machtressourcen wird durch die Differenzierung verschiedener Ordnungen zwar gezügelt – gewisse Konvertierungssperren werden errichtet, die eine ungehemmte Kumulation erschweren –, aber nicht außer Kraft gesetzt.

Die Struktur des Lebenslaufs

Der Lebenslauf sitzt an der Schnittstelle zwischen Differenzierungs- und Ungleichheitsprinzip und hat eine wichtige Verknüpfungsfunktion. In vielen differenzierungstheoretischen Arbeiten zur Inklusion dominiert ein punktualistisches Verhältnis zwischen Individuum und Systemen, das heißt die Inklusionen des Individuums werden gesondert für jeden einzelnen Teilbereich abgehandelt, ohne dass die Bedingungen erörtert werden, unter denen eine Person die verschiedenen institutionellen Anforderungen diachron zu einem kontinuierlichen Lebenslauf und synchron zur alltäglichen Lebensführung synthetisieren kann. Familiales Leben, sozialstaatliche Rahmensetzungen, rechtliche Regelungen, wissenschaftliche Ausbildung, ökonomische Partizipation über Erwerbsarbeit und Konsum – alles, was institutionell getrennt ist, trifft sich in der Lebensführung der Individuen. Nur über diese können die differenzierten Ordnungen in Kontakt miteinander treten. Die Ordnungsverknüpfungen müssen durch das Nadelöhr individueller Lebensführungen (Schwinn 2001b: 225ff.). Über die ganz spezifische Art *wie* die unterschiedlichen institutionellen Anforderungen lebensgeschichtlich verknüpft werden, wird zugleich Ungleichheit reproduziert. Das makrosoziale Koordinationsproblem zwischen den Teilbereichen hat ein gewisses mikrosoziales Gegenstück in der Struktur des Lebenslaufs: Das, was in der Makroperspektive synchron differenziert ist, muss von jeder Person diachron durchlaufen werden. Familie und Bildung verdienen daher in der Ungleichheitsforschung eine besondere Aufmerksamkeit. Familie und Bildungseinrichtungen sind makrosoziologisch gesehen differenzierte Bereiche unter anderen, aber sozialisationstheoretisch sind sie *Filterinstitutionen*, die wesentliche Bedingungen für die Partizipation in allen weiteren Bereichen festlegen. Den modernen Prinzipien der Chancengleichheit und gleicher Inklusionsvoraussetzungen entgegenlaufend, startet unser Lebenslauf in einem askriptiv verfassten Sozialbereich.

Das Prinzip der individuellen Chancengleichheit verletzend, ermöglicht Familie die Vererbung materieller Ressourcen über die formellen Regeln des Erb- und Familienrechts und informell über interaktiv vermittelte Sozialisationsstile. Die von einer Generation *erworbenen* Lebenschancen werden in einen *zugeschriebenen*, vor aller persönlichen Leistung schon bestehenden Startvorteil der Familienmitglieder der nächsten Generation verwandelt. Ohne Familie würden Markt, Politik und Bildung auch Ungleichheit produzieren, aber nicht deren intergenerationelle Verfestigung. Die spezifische Art also, *wie* die differenzierten Ordnungen und Bereiche vom Subjekt *lebensgeschichtlich* durchlaufen werden müssen, ist mit ausschlaggebend für die Ausbildung sozialer Ungleichheitsstrukturen.

Diesen Abschnitt zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Ausmaß, in dem die Differenzierung mehrerer Teilbereiche die Ausbildung von Ungleichheitsstrukturen unterbricht und vereitelt, nicht überschätzt werden darf. Generalisierte Schlüsselkompetenzen und organisatorische Isomorphien, die Konvertierbarkeit von Ressourcen und Leistungen sowie die Struktur des Lebenslaufs – auf diese von mir herausgestellten Aspekte stützen sich beide makrosozialen Achsen. Die Reproduktion sozialer Ungleichheit fußt auf den differenzierten Ordnungen, ohne aber, wie es die Primatthese unterstellt, ihre eigenständige Strukturierungskraft verloren zu haben. An den ordnungsspezifischen Ressourcen ansetzend, entwickelt die Schichtbildung eine Eigendynamik, die nicht mehr aus den Bedingungen der institutionellen Kontexte erklärbar ist. Verteilungsprobleme und -dynamiken sind nicht gänzlich identisch mit Differenzierungsproblemen. Der Zusammenhang lässt sich allgemein so formulieren: Soziale Ungleichheit benötigt den Rekurs auf die differenzierten Ordnungen, deren Ressourcen und Positionen; die daran sich anschließende Art der Schließung und Monopolisierung ist aber nicht durch die Leitkriterien und Leistungserfordernisse der Ordnungen determiniert.

Klassische Ungleichheitskriterien und die Vielfalt der Lebensführungen

Die bisherigen Ausführungen zur Strukturierung sozialer Ungleichheit über verschiedene differenzierte Bereiche hinweg, Herkunft – Bildung – Beruf, stellen sehr stark auf die Ressourcendimension ab, also die klassischen Kriterien der Ungleichheitsforschung. Damit ist aber noch nicht die vielfältige Verhaltensrelevanz dieser Ressourcen ausreichend miterklärt. Die Ungleichheitstheorie beschäftigte sich immer mit einem doppelten Strukturierungsproblem, dem von »Klasse an sich« und »Klasse für sich«. Die durch objektive Ressourcen bestimmte Lage eines Menschen

steht in einem nicht determinierten, sondern variablen Verhältnis zur Bewusstseins- und Handlungsrelevanz dieser Ressourcen. Hier konvergieren die Sichtweisen von Ulrich Beck und Niklas Luhmann. Beide erklären den Strukturierungsverlust sozialer Ungleichheit mit dem Bedeutungsverlust der Ressourcendimension. Die daraus resultierenden Individualisierungstendenzen werden bei Luhmann über die Grundstruktur funktionaler Differenzierung, bei Beck über die Entwicklungstendenzen der Klassengesellschaft erklärt.

Beck datiert die massenhaft eintretende Individualisierung erst auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, während man bei Luhmann zur genaueren zeitlichen Verortung dieses Prozesses keine Angaben findet. Eine Voraussetzung für massenhafte Individualisierung ist der gestiegene Wohlstand und die sprunghafte Verbesserung des Lebensstandards in den Nachkriegsjahrzehnten. Die potentiell im Modernisierungsprozess schon immer angelegte Individualisierung wird im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert durch Verelendung blockiert und in den Integrationsformen von Klasse und Milieu aufgefangen. Mit dem gestiegenen Wohlstand nach dem Zweiten Weltkrieg werden diese Solidaritäten entbehrlicher und der Individualisierungsprozess greift sich Raum. Funktionale Differenzierung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Individualisierung. Es muss das entsprechende Ressourcenniveau dazukommen. Was nutzt einem Arbeiter im 19. Jahrhundert die Kunstszene, wenn er kaum in der Lage ist, seine Familie zu ernähren. Stabile Klassenmilieus wurden zusammengeschweißt durch eine zentrale Problem- oder Konfliktdimension. So hat die Dimension Kapital-Arbeit, also das ökonomische Feld, fast alle für die Lebenschancen ausschlaggebenden Aspekte bestimmt. Die Fraktionierung des Orientierungs- und Interessenhaushalts einer Person durch die differenzierten Ordnungen setzt erst ab einem gewissen Lebensstandard ein. In materiell dauerhaft prekären Lebenslagen haben Differenzierungslinien keine Chance, das Individuum zu durchlaufen und sein Interesse und seine Aufmerksamkeit zu gewinnen und zu vervielfältigen.

Nach Luhmanns (1985: 130ff.) These vom Primat funktionaler Differenzierung büßt das Verteilungsmuster heute seine strukturierende Wirkung auf die Interaktions- und Kommunikationsordnung ein. Bewusstseins- und Handlungsformen werden durch das Differenzierungs- und nicht durch das Ungleichheitsprinzip bestimmt. Man muss heute wissen, wie man politisch, wissenschaftlich, religiös, ökonomisch etc. kommuniziert und handelt und dabei sollte außer Acht bleiben, welche sonstigen Rollen die Akteure noch haben und was sie sonst noch sind. Eine Herausforderung der Differenzierungs- an die Ungleichheitstheorie könnte also darin liegen, dass die Idee eines Strukturkontinuums durch die Diskontinuitätsannahme ersetzt wird. Was ist damit gemeint? Die Stärke der traditionellen Klassen- und Schichtenanalysen beruht auf der Fähigkeit, die systematische Produktion und Reproduktion von ungleichen Lebenschancen und deren Verhaltensrelevanz aufzuzeigen

zu können – und dies über mehrere Dimensionen hinweg strukturiert. Daran hängt der gesellschaftstheoretische Erklärungsanspruch der Ungleichheitsforschung und ihre Bedeutung für die Makrosoziologie (Kreckel 1998: 31). Systemtheoretische Differenzierungsanalysen interessieren sich mehr für die Brüche, Schwellen und Stufen der Ungleichheit. Gefragt wird nicht nach graduellen Unterschieden des Mehr- oder Wenigerhabens, sondern dichotom nach Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu den verschiedenen teilsystemischen Kontexten. Mit dieser Diskontinuitätsannahme verliert soziale Ungleichheit ihre Bedeutung als durchgehender sozialer Vergleichszusammenhang. Während in der Ungleichheitstheorie die Verhaltenseinbuße von Ungleichheitsstrukturen mit dem Ressourcenniveau (Stichwort »Fahrstuhleffekt der Klassengesellschaft«) begründet wird, argumentiert die Systemtheorie differenzierungstheoretisch mit der Selektivität von Verhaltensanforderungen. Die These einer Vielfalt von Handlungs- und Orientierungsweisen bedroht den Erklärungsstatus des traditionellen Strukturparadigmas der Ungleichheitstheorie, während sie für die Differenzierungstheorie kein theoretisches Problem darstellt, sondern konstitutiv zu deren Erklärungsprogramm gehört. Man könnte dies im Sinne von Luhmanns Behauptung eines Primats des Strukturprinzips funktionaler Differenzierung lesen und die sozialstrukturelle Vielfaltsforschung der letzten Jahrzehnte, die sich in immer feinkörnigeren Analysen zu Milieus und Lebensstilen verliert, als nachgeordnet und im Grunde von keiner nennenswerten theoretischen Bedeutung und Erklärungskraft mehr ansehen. Im Lager der Ungleichheitsforscher selbst hat die Vielfaltsforschung mittlerweile zum Eingeständnis einer gewissen »Orientierungslosigkeit« geführt (Berger 2001: 220; Mayer 1987: 376; Müller 1992: 48; Geißler 1996). Was kann die Differenzierungstheorie zum besseren Verständnis der – von keiner Richtung der heutigen Ungleichheitsforschung bestritten – komplexer gewordenen sozialstrukturellen Verhältnisse beitragen?

Die Ressourcenlage eines Menschen umschreibt seine Lebenschancen, den Raum der Möglichkeiten, die Lebensführung, die typische Nutzung dieser Möglichkeiten – und was heute möglich ist, bestimmt sich in erheblichem Maße durch die Partizipation an den differenzierten Bereichen. Das Ressourcenpotential muss genutzt und in den verschiedenen Teilsystemen umgesetzt werden, und dies geht nur, wenn man auf deren spezifische Rationalitäten Rücksicht nimmt. Einkommen etwa ist ein bestimmtes Potential, das sich messen und zur Schichtklassifikation in feinen Abstufungen arrangieren lässt. Damit ist sicherlich ein Korridor für weitere Partizipationsmöglichkeiten festgelegt. Die Lebensqualität bestimmt sich aber letzten Endes auch durch die Qualität des Familienlebens, durch eine gesundheitsbewusste Lebensführung, wofür zum Beispiel ebenso sportliche Aktivitäten von Bedeutung sein mögen. Ausschlaggebend ist eventuell auch, wie man durch rege Partizipation am Kunstsektor oder am religiösen Geschehen das Leben balancierende, durch

andere als beruflich-ökonomische Rationalitäten charakterisierte Erfahrungen haben kann.

Ist Einkommen eine Universalressource, so kann man fragen, und Bildung eine Universalkompetenz, gleichsam Generalschlüssel, die einen privilegierten Zugang zu allen Teilbereichspartizipationen erschließen? Wird mit diesen klassischen Ressourcen der Ungleichheitsforschung das gesamte Inklusionsprofil eines Menschen festgelegt? Hier ist eher von einem durch Ressourcen abgesteckten Korridor auszugehen, der die Lebensführungsmöglichkeiten im Kontakt mit den differenzierten Institutionen mitbestimmt, aber nicht determiniert. Die Felder, die über die Lebensqualität entscheiden, sind heute vielfältiger und verzweigter und es ist eine empirische Frage, wie weit der strukturierende Zugriff der klassischen Ressourcen reicht. Das auf klar messbare Ungleichheitskriterien und Unterschiede geeichte Instrumentarium der Ungleichheitsforschung muss hier erweitert und auf neue Bereiche angepasst werden, wie Gesundheit, Sport, Kunst, Mediennutzung usw. Differenzierungstheoretisch ist zu vermuten, dass es beim Vergleich von Lebensführungen in den differenzierten Bereichen nicht in allen Belangen um die relative Besser- oder Schlechterstellung, sondern in einer Vielzahl von Aspekten lediglich um Andersartigkeit geht. Soziale Ungleichheit weist in modernen Gesellschaften ein erhebliches Maß an Diskontinuität auf. Schwellen und Brüche, die sich nicht alle auf ein Vorteils- oder Nachteilscontinuum bringen lassen. Die Qualitäten der Einzelpartizipationen einer Person lassen sich schwerlich auf einen einheitlichen Maßstab hin verrechnen.

Mit der Unterscheidung von Lebenschancen als Potential und Lebensführung als konkrete Nutzung dieses Potentials in verschiedenen Kontexten lässt sich sagen, dass aus Ungleichheit als messbarem Ressourcencontinuum durchaus ein kaum noch messbares Ungleichheitsdiskontinuum werden kann. Die Differenzierungstheorie kann hier der Ungleichheitsforschung eine theoretische Erweiterung für die Thematisierung von »Vielfalt« bieten. Bourdieu (1984) glaubt zwar, dass sich die Ungleichheitslogik als sozialer Vergleichszusammenhang in die Verästelungen aller Lebensbereiche fortpflanzt und sich in Gestalt der feinen Unterschiede aufdecken lässt. Fruchtbarer erscheint mir aber die Staffelungshypothese von Rainer Geißler (1996: 334). Er schlägt vor, die verschiedenen institutionellen Bereiche gestaffelt nach stark schichtspezifischen, schwach schichtspezifischen und schichtindifferenten Partizipationen zu durchleuchten. Für politische Partizipation heißt dies zum Beispiel, dass Minimalformen der Teilnahme, wie die Bundestagswahlen, nahezu schichtneutral sind. Schwach schichtspezifisch variiert die Wahlteilnahme auf kommunaler Ebene. Mittlere Stärke erreichen schichtspezifische Unterschiede bei anderen Formen der konventionellen und unkonventionellen Teilnahme, etwa bei Demonstrationen. Aktive Parteiarbeit und Partizipation auf den höheren Ebenen der

politischen Institutionen sind dagegen stark schichtspezifisch geprägt. Diese müsste für alle Lebensbereiche durchdekliniert werden.

Schluss

Warum sollten Ungleichheitsforscher in Zukunft stärker Einsichten der Differenzierungstheorie in ihre Analysen einbeziehen? Die vielfältigeren Ausdrucksformen sozialer Ungleichheiten, auf die die neuere Forschung gestoßen ist, und die sie meist nur deskriptiv nachzeichnen kann, erhalten durch die Differenzierungstheorie eine konzeptionelle Orientierung. Sie bietet eine genauere Erfassung der unterschiedlichen Kontexte und Lebensbereiche, deren institutionelle Leitkriterien darüber bestimmen, welcher Aspekt von sozialer Ungleichheit hier zählt. Gleichzeitig liefert die Differenzierungstheorie ein besseres Verständnis für das Zusammenwirken der institutionellen Teilbereiche und bietet der Ungleichheitstheorie dadurch eine Hilfestellung bei der Frage, wie und inwieweit Vor- und Nachteile, kurz: Lebenschancen, über mehrere Stationen kumuliert werden können und wo Konvertierungssperren für durchgehende Ungleichheitsstrukturen vorhanden sind. Mit einer solchen Theorie macht es keine Schwierigkeiten, das Fortbestehen »alter« und die Bedeutungszunahme »neuer« Ungleichheiten gleichzeitig zu erfassen – ein Problem, an dem sich die aktuelle Ungleichheitsdiskussion abmüht.

Im Gespräch zwischen Differenzierungs- und Ungleichheitstheorie wird aber auch deutlich, dass überzogene Monopolansprüche, insbesondere von systemtheoretischen Differenzierungsmodellen, zurückgewiesen werden müssen. Das Ausmaß, so das Ergebnis der vorstehenden Ausführungen, in dem die Differenzierung mehrerer Teilbereiche die Ausbildung von Ungleichheitsstrukturen unterbricht und vereitelt, darf nicht überschätzt werden. Generalisierte Schlüsselkompetenzen und organisatorische Isomorphien, die Konvertierbarkeit von Ressourcen und Leistungen sowie die Struktur des Lebenslaufs – auf diese von mir herausgestellten Aspekte stützen sich beide makrosozialen Achsen. Die Reproduktion sozialer Ungleichheit fußt auf den differenzierten Ordnungen, ohne aber, wie es die Primatthese unterstellt, ihre eigenständige Strukturierungskraft verloren zu haben. An den ordnungsspezifischen Ressourcen ansetzend, entwickelt die Schichtbildung eine Eigendynamik, die nicht mehr aus den Bedingungen der institutionellen Kontexte erklärbar ist. Der Zusammenhang lässt sich allgemein so formulieren: Soziale Ungleichheit benötigt den Rekurs auf die differenzierten Ordnungen, deren Ressourcen und Positionen; die daran sich anschließende Art der Schließung und Monopolisierung ist aber nicht durch die Leitkriterien und Leistungserfordernisse der

Ordnungen determiniert. Funktionale Differenzierung kann also mit deutlich ausgeprägten (Klassen-)Ungleichheitsverhältnissen einhergehen.

Die in der Vorbemerkung aufgeführte kontroverse Fragestellung, die in der Veranstaltung aufkam, integrierende Theorie oder bloß problembezogene Verknüpfungen, lässt sich vorläufig folgendermaßen beantworten: Einerseits sollte man voreilige gesellschaftstheoretische Übergeneralisierungen vermeiden. Es gibt nicht das eine theoretische Zentralscharnier, über das die Wirkungen der beiden Ordnungsdimensionen reguliert werden. Andererseits ist beim gegebenen Stand der Auseinandersetzung mehr möglich als bloße problembezogene Ad-hoc-Verknüpfungen. Einige Hinweise dazu hoffe ich, in den vorstehenden Ausführungen gegeben zu haben.

Literatur

- Berger, Peter A. (2001), »Soziale Ungleichheiten und Ambivalenzen«, in: Barlösius, Eva/Müller, Hans-Peter/Sigmund, Steffen (Hg.), *Gesellschaftsbilder im Umbruch*, Opladen, S. 203–225.
- Berger, Peter A./Schmidt, Volker H. (Hg.) (2004), *Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung*, Wiesbaden.
- Blossfeld, Hans-Peter/Timm, Andreas (1997), »Der Einfluss des Bildungssystems auf den Heiratsmarkt«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 49, S. 440–476.
- Bourdieu, Pierre (1984), *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt a.M.
- Geißler, Rainer (1996), »Kein Abschied von Klasse und Schicht«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 48, S. 319–338.
- Gerhards, Jürgen (Hg.) (1997), *Soziologie der Kunst. Produzenten, Vermittler und Rezipienten*, Opladen.
- Hondrich, Karl Otto (1987), »Die andere Seite sozialer Differenzierung«, in: Haferkamp, Hans/Schmid, Michael (Hg.), *Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung. Beiträge zu Luhmanns Theorie sozialer Systeme*, Frankfurt a.M., S. 275–303.
- Kreckel, Reinhard (1992), *Politische Soziologie sozialer Ungleichheit*, Frankfurt a.M./New York.
- Kreckel, Reinhard (1998), »Klassentheorie am Ende der Klassengesellschaft«, in: Berger, Peter A./Vester, Michael (Hg.), *Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen*, Opladen, S. 31–47.
- Luhmann, Niklas (1985), »Zum Begriff der sozialen Klasse«, in: ders. (Hg.), *Soziale Differenzierung: Zur Geschichte einer Idee*, Opladen, S. 119–162.
- Mayer, Karl Ulrich (1987), »Zum Verhältnis von Theorie und empirischer Forschung zur sozialen Ungleichheit«, in: Giesen, Bernhard/Haferkamp, Hans (Hg.), *Soziologie der sozialen Ungleichheit*, Opladen, S. 370–392.
- Müller, Hans-Peter (1992), *Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit*, Frankfurt a.M.
- Müller, Walter (1998), »Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 50, S. 3–46.
- Schwinn, Thomas (2001a), *Differenzierung ohne Gesellschaft. Umstellung eines soziologischen Konzepts*, Weilerswist.

- Schwinn, Thomas (2001b), »Staatliche Ordnung und moderne Sozialintegration«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 53, S. 211–232.
- Schwinn, Thomas (Hg.) (2004a), *Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung*, Frankfurt a.M.
- Schwinn, Thomas (2004b), »Institutionelle Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung«, in: ders. (Hg.), *Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung*, Frankfurt a.M., S. 9–68.
- Schwinn, Thomas (2004c), »Ständische Verhältnisse und Ordnungsbildung vom Mittelalter bis in die Neuzeit«, in: ders. (Hg.), *Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung*, Frankfurt a.M., S. 71–102.
- Teckenberg, Wolfgang (1999), *Wer heiratet wen? Sozialstruktur und Partnerwahl*, Opladen.
- Wirth, Heike/Lüttinger, Paul (1998), »Klassenspezifische Heiratsbeziehungen im Wandel? Die Klassenzugehörigkeit von Ehepartnern 1970 und 1993«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 50, S. 47–77.